

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 02.03.2017**

**Zu TOP : 12.1**

**Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um"**

**Vorlage: B 0071/2016**

Der Präsident gibt bekannt, dass die vorliegenden Änderungsanträge nach einer ersten Stellungnahme aller Fraktionen abgehandelt werden.

Der Präsident eröffnet die Beratung zum Ergänzungsantrag AN 0035/2017 „Weidendamm für Radverkehr freigeben“ zur Beschlussvorlage B 0071/2016, eingereicht von der CDU/FDP-Fraktion.

Herr Adomeit spricht sich gegen den vorliegenden Antrag aus, da die betreffende Teilstrecke über den kurzen Straßenabschnitt gut zu befahren sei.

Herr Meißner verweist auf den überwiegenden Willen der Stralsunder Bevölkerung und die fehlende Akzeptanz einer Führung um den Busbahnhof. Es bestehe der Wunsch, die Altstadt schnell und zügig zu erreichen. Mit Blick in die Zukunft und der geplanten Umgestaltung des Weidendamms sei eine Prüfung im Sinne des Antrags schon jetzt richtungsweisend.

Herr Suhr erklärt die derzeitige Straßennutzung für Radfahrer als unzumutbar. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze den Antrag, da es sich bei der geforderten Umgestaltung um die bessere Alternative handle.

Der Präsident stellt den Ergänzungsantrag AN 0035/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt beschließt,

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

ergänzend zum dem Maßnahmenkatalog der Beschlussvorlage B 0071/2016 (Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um") zu prüfen:  
ob der uferbegleitende Gehweg am Weidendamm für den Radverkehr mit dem Zeichen „Radfahrer frei“ (Zeichen 1022-10) freigegeben werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0562

Der Präsident ruft den Änderungsantrag AN 0034/2017 „Fahrradabstellanlagen“ zur Beratung, eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

Herr Suhr wirbt für den vorliegenden Antrag und hebt hierbei die starke Frequentierung durch Touristen hervor.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0034/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Bei den im Jahre 2016 vorbereiteten und für 2017 zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen (Seite 2 der Beschlussvorlage) wird bei der

**Maßnahme „Verbesserung von Radabstellbedingungen in der Altstadt durch Ergänzungen von Fahrradständern“** ergänzt:

Es soll hier auch geprüft werden, ob und wie an Fahrradabstellanlagen im Bereich der Altstadt, bzw. am Rand der Altstadt Anlagen zur Gepäckaufbewahrung und Ladestationen für Pedelecs realisiert werden können.

Abstimmung: abgelehnt

Der Präsident eröffnet die Beratung zum Ergänzungsantrag AN 0036/2017, eingereicht von der CDU/FDP-Fraktion, zum Änderungsantrag AN 0032/2017, eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Suhr spricht sich für die Umsetzung eines einheitlichen Konzeptes aus, in dem ein durchgängiger Schutzstreifen angelegt und somit ständige Wechsel in der Radführung vermieden werden sollen.

Herr Haack unterstreicht die in seinen Augen übertriebene Reglementierung in der Karl-Marx-Straße und wirbt für eine schnellstmögliche Sanierung der gesamten Straße. Über eine derartige Neuplanung sei eine bestmögliche und durchgängige Führung aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen.

Herr Meißner gibt bekannt, dass die CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen steht. Es stünde noch genügend Zeit zur Verfügung, um eine Lösung zur durchgehenden Führung des Schutzstreifens zu entwickeln. Die Belange der Stralsunder Bürger müssten berücksichtigt werden und somit sei der Erhalt der PKW-Stellplätze dringend erforderlich.

Herr Suhr betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion nicht ablehnend gegenüberstehe. Ein vorgezogener Neubau der Karl-Marx-Straße sei zu begrüßen. Es sei jedoch wichtig, dass in der Konzeption ein Konsens gefunden werde, der den offenliegenden Interessen interfraktionell entgegenkomme.

Herr Haack bedankt sich bei Herrn Suhr für das Angebot der fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit und gibt die Zustimmungsbereitschaft der Fraktion Bürger für Stralsund zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion bekannt. Mit Blick auf die Karl-Marx-Straße müsse es schnell vorangehen.

Herr Riedel pflichtet Herrn Haack bei.

Der Präsident stellt den Ergänzungsantrag AN 0036/2017 zur Abstimmung:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In der Vorlage AN 0032/2017 wird hinter den Worten „ob dies über eine andere Anordnung der Parkplätze realisiert werden kann.“ folgender Satz angefügt:

„Hierbei ist die Zahl der PKW-Stellplätze zu erhalten.“

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0563

Der Präsident stellt den daraufhin geänderten Änderungsantrag AN 0032/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Bei den im Jahre 2016 vorbereiteten und für 2017 zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen (Seite 2 der Beschlussvorlage) wird bei der

Maßnahme „**Markierung von Radfahrstreifen in der Karl-Marx-Straße**““ ergänzt:

Es wird empfohlen, hier eine Führung des Radverkehrs so zu gestalten, dass dies so weit wie möglich über einen Schutzstreifen auf der Fahrbahn erfolgt. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob dies über eine andere Anordnung der Parkplätze realisiert werden kann. Hierbei ist die Zahl der PKW-Stellplätze zu erhalten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0564

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0031/2017 „Angebotsstreifen Knieperwall“ zur Beratung, eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Suhr erläutert den vorliegenden Antrag mit Blick auf die, nach seiner Auffassung, zu befürchtende Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern, die durch einen einseitigen Schutzstreifen zu erwarten sei. Zudem stehe zu erwarten, dass sich durch einen einseitigen Schutzstreifen eine bedeutend stärkere Radnutzung des Gehweges ergebe.

Herr Haack spricht sich allgemein gegen das Konzept der Schutzstreifennutzung aus.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0031/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Bei den im Jahre 2016 vorbereiteten und für 2017 zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen (Seite 2 der Beschlussvorlage) wird bei der

Maßnahme „**Markierung eines Angebotsstreifens im Knieperwall**““ ergänzt:

Hier wird empfohlen einen beidseitigen Angebotsstreifen für Radfahrer zu markieren.

Abstimmung: abgelehnt

Der Präsident eröffnet die Beratung zum Änderungsantrag AN 0029/2017, eingereicht von der CDU/FDP-Fraktion.

Herr Meißner betont die Notwendigkeit des Erhalts von PKW-Stellplätzen der Einwohner innerhalb der Stralsunder Altstadt.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0029/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Das Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um" (Vorlage B0071/2017) wird unter der Maßgabe beschlossen, dass der Ausbau der Fahrrad-Abstellkapazitäten nicht zu Lasten von KFZ-Stellplätzen erfolgt. Hierzu wird das Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um" wie folgt geändert:

1. auf Seite 70 (entspricht Seite 31 der Anlage 1b der Vorlage B 0071/2016) wird Absatz 2 wie folgt neu gefasst: „Es ist zu prüfen, ob eine Erweiterung der Abstellkapazitäten innerhalb der klassischen „Radsaison“ (Frühjahr – Sommer – Herbst) möglich ist. Der Ausbau der Fahrrad-Abstellkapazitäten soll nicht zu Lasten von KFZ-Stellplätzen erfolgen.“
2. auf Seite 77 (entspricht Seite 38 der Anlage 1b der Vorlage B 0071/2016) werden in der Aufzählung nach Absatz 1 die Wörter „Entfall von Kfz-Stellplätzen zugunsten von Rad-Abstellanlagen“ ersatzlos gestrichen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0565

Der Präsident eröffnet die Beratung zum Änderungsantrag AN 0033/2017 „Teilnahme an der deutschlandweiten Erhebung der TU Dresden „Mobilität in Städten – SrV““, eingereicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Suhr verweist auf die Relevanz verlässlicher Daten und die damit zusammenhängende Methodik der CO<sup>2</sup>-Erfassung, die als grundsätzliche Basis eines funktionierenden Klimaschutz-Teilkonzeptes gelte. Die Technische Universität Dresden könne hierbei auf jahrelange Expertise zurückgreifen und wäre daher besonders geeignet, zumal unter anderem diverse Städte in Mecklenburg-Vorpommern – darunter die Hansestädte Rostock, Greifswald und Wismar – Teil der landesweiten Erhebung seien. Man müsse alle fünf Jahre mit Kosten in Höhe von 30.000 bis 40.000 Euro rechnen.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0033/2017 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags:

Der Oberbürgermeister wird damit beauftragt eine Teilnahme an der deutschlandweit durchgeführten Erhebung der TU Dresden „Mobilität in Städten – SrV“ erstmalig für den Teilnahmezeitraum 2018 vorzubereiten. Die erforderlichen Mittel sollen in den Haushalten 2017, 2018 und 2019 berücksichtigt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2017-VI-02-0566

Abschließend stellt der Präsident unter Einbeziehung aller Ergänzungs- und Änderungsanträge die Beschlussvorlage B 0071/2017 „Klimaschutz-Teilkonzept „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um““ zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stimmt einschließlich der gefassten Beschlüsse 2017-VI-02-0562 bis 2017-VI-02-0566 dem vorliegenden Klimaschutz-Teilkonzept „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um“, Dezember 2015, als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung zur Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zu.

Abstimmung: 36 Zustimmungen    1 Gegenstimme    2 Stimmenenthaltungen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-02-0573

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Kuhn

Stralsund, 17.03.2017